Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2025/4209

20.8.2025

Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Fragmentierung von Lieferketten und Auswirkungen auf die Lebenshaltungskosten
(Initiativstellungnahme)

(C/2025/4209)

Berichterstatter: **Dimitris DIMITRIADIS**

Ko-Berichterstatter: **Anastasis YIAPANIS**

Berater	Mihai IVAŞCU (für den Ko-Berichterstatter) Grigoris ZAROTIADIS (für den Berichterstatter) Alexandros DIAMANTIDIS (für Gruppe I) Nicolaos THEODOSIOU (für Gruppe III)
Beschluss des Plenums	5.12.2024
Rechtsgrundlage	Artikel 52 Absatz 2 der Geschäftsordnung
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Außenbeziehungen
Annahme im Arbeitsorgan	6.5.2025
Verabschiedung im Plenum	19.6.2025
Plenartagung Nr.	597
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/ Enthaltungen)	129/0/2

PRÄAMBEL

Diese Stellungnahme ist Teil eines größeren Pakets von Stellungnahmen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) zur Lebenshaltungskostenkrise. Im Rahmen dieses Pakets untersucht der EWSA die verschiedenen Facetten dieser politischen Herausforderung und legt den europäischen und nationalen politischen Entscheidungsträgern, Organisationen der Zivilgesellschaft und sonstigen Interessenträgern umfassende und weitreichende Empfehlungen vor. Das Paket besteht aus sieben Einzelstellungnahmen ([1]), die sich jeweils mit einem konkreten Politikbereich befassen. Zusätzlich werden in einer Rahmenstellungnahme ([2]) übergreifende politische Empfehlungen zur Bewältigung der Lebenshaltungskostenkrise insgesamt und zur Stärkung der Resilienz gegenüber künftigen Krisen formuliert.

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Unterbrechungen der Lieferkette und Handelsverzerrungen führen zu einem Kostenanstieg für Unternehmen und Verbraucher und in der Folge zu höheren Produktions- und Transportkosten, steigenden Preisen bei lebenswichtigen Gütern und Störungen am Arbeitsmarkt. Damit zählen sie zu den wichtigsten Ursachen der derzeitigen Lebenshaltungskostenkrise. Die EU muss ein Gleichgewicht zwischen der Stärkung der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit und der nationalen Sicherheit finden und dabei die mit dem zunehmenden Protektionismus verbundenen Risiken abfangen.

([1]) EWSA-Stellungnahmen „Reindustrialisierung Europas — Chancen für Unternehmen, Beschäftigte und Bürger vor dem Hintergrund der Krise der Lebenshaltungskosten“ (ABl. C, C/2025/4206, 17.8.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/4206/oj), „Die Krisen überwinden — Maßnahmen für eine resiliente, von Zusammenhalt geprägte und inklusive europäische Wirtschaft“ (ABl. C, C/2025/3195, 2.7.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/3195/oj), „Funktionale Schwachstellen des Binnenmarktes als Ursache für steigende Lebenshaltungskosten“ (ABl. C, C/2025/3189, 2.7.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/3189/oj), „Subventionen für fossile Brennstoffe abbauen und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit Europas sichern, die Lebenshaltungskostenkrise eindämmen und einen gerechten Übergang fördern“ (ABl. C, C/2025/3191, 2.7.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/3191/oj), „Fragmentierung von Lieferketten und Auswirkungen auf die Lebenshaltungskosten“, „Kaufkraftverlust und Gefahr zunehmender Ungleichheit, Ausgrenzung und Marginalisierung — mögliche Abhilfemaßnahmen“ (ABl. C, C/2025/4208, 17.8.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/4208/oj), „Preiserhöhungen für Verkehr, Energie und Wohnraum: hochwertige öffentliche Dienstleistungen zur Bewältigung der hohen Lebenshaltungskosten“ (ABl. C, C/2025/3192, 2.7.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/3192/oj).

([2]) ECO/660 „Empfehlungen der organisierten Zivilgesellschaft zur Bewältigung der Krise der Lebenshaltungskosten“ (in Erarbeitung).

1.2. Aus Sicht des EWSA muss die EU zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit

— die Abhängigkeiten bei der Einfuhr kritischer Güter und Rohstoffe verringern – insbesondere in Hightech-Branchen und wichtigen Wirtschaftszweigen wie der Pharma- und der Halbleiterindustrie,

— die Lieferketten diversifizieren, indem Partnerschaften mit mehreren Handelspartnern ausgebaut werden und die übermäßige Abhängigkeit von einem einzigen Lieferanten verringert wird,

— die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit durch gezielte Investitionen in strategische Industriezweige und Infrastruktur stärken,

— eine gut abgestimmte, umfassende und entsprechend finanzierte Industriepolitik entwickeln, mit der die Kluft zwischen den europäischen Herstellern hinsichtlich ihrer Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit geschlossen werden kann.

1.3. Um die Gefahr wirtschaftlicher Isolation zu mindern, empfiehlt der EWSA

— auf Grundlage gleichberechtigter Partnerschaften Handelsabkommen mit neuen und verlässlichen Partnern, insbesondere im globalen Süden, unter Wahrung der bestehenden und neuen Verpflichtungen in den Bereichen Nachhaltigkeit, Menschenrechte und Frauenrechte auszuweiten, um die Widerstandsfähigkeit der Lieferketten zu stärken,

— eine effizientere Regulierung, sodass die komplexen EU-Rahmenvorgaben und -Verwaltungsauflagen gestrafft werden, während in Bezug auf Arbeitnehmer und Verbraucher weiterhin hohe Standards gelten,

— die Förderung von Reformen der Welthandelsorganisation (WTO) sowie von multi- und plurilateralen Abkommen, um die Welthandelsordnung und die Streitbeilegungsmechanismen zu verbessern.

1.4. Während die EU als Reaktion auf die derzeitigen Entwicklungen im Bereich Handel und Zölle nach einer Diversifizierung des Handels strebt, muss sie sich auch vor dem durch viel zu niedrige Produktionskosten und -standards bedingten unlauteren Wettbewerb schützen. Sie muss also weiter darauf hinwirken, dass in bestehende und neue Handelspartnerschaftsabkommen Kapitel mit verbindlichen und durchsetzbaren Vereinbarungen über Handel und nachhaltige Entwicklung aufgenommen werden.

1.5. Im Interesse des technologischen Fortschritts und der Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit der EU-Unternehmen muss sich die EU folgende Prioritäten setzen:

— verstärkte Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) für Hightech-Industrien und nachhaltige Fertigung, damit die Innovationskraft der EU steigt,

— verstärkter Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) und Blockchaintechnologie für das Lieferkettenmanagement, um Prognosen, Logistik und Beschaffung zu optimieren,

— eine einheitliche EU-Industriestrategie, mit der es gelingt, Produktivitätslücken zu schließen und sich im Wettbewerb auf wichtigen globalen Märkten weiter zu behaupten.

1.6. Der EWSA fordert Strategien zur Minderung der Risiken für Erzeuger und KKMU in der EU, das heißt

— mehr finanzielle und technische Hilfe, um KKMU dabei zu unterstützen, neue Märkte zu erschließen und nachhaltige Geschäftsmodelle einzuführen,

— die Einführung von Mechanismen zur Handelsförderung, die Kleinunternehmen bei der Diversifizierung ihrer Zulieferer und der Bewältigung komplizierter Vorschriften unterstützen,

— Unterstützung der Digitalisierung durch Förderung KI-gesteuerter Lieferkettenmanagementsysteme, um die Effizienz zu steigern und die Betriebskosten zu senken.

1.7. Die EU sollte gezielte Programme der allgemeinen und beruflichen Bildung einführen, um Initiativen zur Weiterqualifizierung und Umschulung auszuweiten, die Mobilität von Arbeitskräften auf dem Binnenmarkt zu fördern, Fachkräfte zu gewinnen und zu binden sowie die Innovationskraft der EU zu stärken.

1.8. Der Europäische Auswärtige Dienst sollte sich stärker mit der GD Handel abstimmen, damit bestehende und künftige Handels- und Investitionspartnerschaften ihre volle Wirkung entfalten können.

1.9. Der EWSA hebt hervor, dass die Fragmentierung der globalen Lieferketten dringend einer strategischen Antwort bedarf. Die Stärkung der wirtschaftlichen Sicherheit und widerstandsfähiger Handelsbeziehungen und die Priorisierung industrieller Innovation sind die Voraussetzungen dafür, dass die EU sich weiter im Wettbewerb behaupten kann und es gelingt, Unternehmen und Verbraucher vor eskalierenden Kosten und Lieferengpässen zu schützen.

2. **Einleitung und allgemeine Bemerkungen**

2.1. Die Weltordnung steht vor dem Übergang in ein neues multipolares Zeitalter. Das ist mit wachsenden Herausforderungen für die sozioökonomische und ökologische Nachhaltigkeit verbunden. Die Weltwirtschaft ist derzeit mit erheblichen, durch eine zunehmende geoökonomische Fragmentierung gekennzeichneten Systemrisiken konfrontiert. Ursachen der Fragmentierung sind geopolitische Spannungen, Bedenken im Hinblick auf Wirtschaft und Währung, Energieversorgung und Ernährungssicherheit sowie entscheidende politische Kursveränderungen wie der ökologische und digitale Wandel.

2.2. Durch die COVID-19-Pandemie, den russischen Angriff auf die Ukraine, den Konflikt im Gazastreifen, die sich ausweitende Krise im Nahen und Mittleren Osten und die Turbulenzen im Zuge der Wahlen in der EU und weltweit werden diese Entwicklungen weiter verschärft und treten die Schwachstellen der globalen Lieferketten zu Tage, wodurch die EU veranlasst wird, ihren zentralen strategischen Schwerpunkt auf Risikominderung und wirtschaftliche Sicherheit zu legen.

2.3. In der gemeinsamen Erklärung zur Zusammenarbeit im Bereich globaler Lieferketten (Joint Statement of Cooperation on Global Supply Chains) von 2022 ([3]), die von 17 Ländern und der EU unterzeichnet wurde, wird die Notwendigkeit bekräftigt, Störungen zu beheben, die Transparenz zu erhöhen und widerstandsfähige, nachhaltige und sichere Lieferketten aufzubauen. Daher ist die vollständige Umsetzung dieser Erklärung außerordentlich wichtig.

2.4. Die unvollständige Integration des EU-Binnenmarkts, für die hauptsächlich die europäischen Organe und die Mitgliedstaaten verantwortlich sind, behindern maßgeblich die globale Expansion von Unternehmen und die Gewinnung ausländischer Direktinvestitionen, sodass die Vorteile für die Bürger begrenzt sind. In den Berichten von Enrico Letta und Mario Draghi aus dem Jahr 2024 wird die dringende Notwendigkeit grundlegender Reformen betont und davor gewarnt, dass eine anhaltende Fragmentierung die Wettbewerbsfähigkeit bedroht und Unternehmen ins Ausland treibt, wodurch das Produktivitätswachstum zu einer zentralen Herausforderung für Europa wird.

2.5. In der vorliegenden Stellungnahme werden das Risiko einer allmählichen Isolierung der EU-Lieferketten innerhalb einer fragmentierten Weltwirtschaft und dessen Folgen für die Lebenshaltungskosten untersucht. Bestehende EU-Strategien und -Maßnahmen werden bewertet und Wege zur Senkung der entsprechenden Kosten sowie zur Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit von Waren und Dienstleistungen der EU geprüft.

3. **Auswirkungen der geoökonomischen Fragmentierung und mögliches Vorgehen**

3.1. Mit der Fragmentierung globaler Lieferketten steigt für die EU das Risiko von Störungen, die zu Engpässen bei wichtigen Gütern und Rohstoffen führen können. Protektionistische Maßnahmen und Strategien, wie die Verlagerung der EU-Einfuhren auf Abkommenspartner („Friendshoring“) oder auf benachbarte Länder („Nearshoring“), veranlassen Unternehmen dazu, die Produktion in die Nähe ihrer Märkte zu verlagern, und führen zum Anstieg der Kosten. Dadurch wird zusätzlich Inflationsdruck erzeugt und wächst die Gefahr, dass europäische Hersteller die Produktion einstellen.

3.2. Im Falle einer schrittweisen wirtschaftlichen Isolierung wäre die EU nicht mehr in der Lage, globale Standards und Handelsstrategien mitzugestalten, und hätte weniger Einfluss auf die internationale Governance. Darüber hinaus ist die EU höheren geopolitischen Risiken ausgesetzt, da sie bei grundlegenden Gütern und Dienstleistungen von einer kleinen Gruppe von Handelspartnern abhängig ist, und leidet so stärker unter dem wirtschaftlichen und politischen Einfluss wichtiger Wettbewerber wie der USA und Chinas.

([3]) *Joint Statement on Cooperation on Global Supply Chains (2022).*

3.3. Seit 2020 ist weltweit ein sprunghafter Anstieg nichttarifärer Handelsbeschränkungen zu beobachten. Darüber hinaus hat die neue US-Regierung damit begonnen, sowohl allgemeine als auch länderspezifische neue Zölle einzuführen, die gegen die WTO-Regeln verstoßen. Erhöhte Handelshemmnisse werden zu einem Preisanstieg führen und die Realeinkommen von Privathaushalten schmälern. Die EU muss ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Widerstandsfähigkeit und nationaler Sicherheit finden, um das Risiko eines zunehmenden Protektionismus abzufedern. Der EWSA befürwortet eine offene Handels- und Investitionspolitik sowie eine strategische Stärkung der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit, um Einzelpersonen und Hersteller vor künftigen Versorgungsunterbrechungen zu schützen.

3.4. Angesichts der Risiken einer geoökonomischen Fragmentierung muss die EU vorausschauend Maßnahmen ergreifen. Um die unmittelbaren und erheblichen Kosten für die Lieferketten zu minimieren, ist es unabdingbar, die Hersteller bei der Anpassung an neue Handelsrealitäten zu unterstützen und einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten. Vor dem Hintergrund zunehmender wirtschaftlicher Zwänge und Handelsbeschränkungen muss die Versorgungssicherheit gestärkt werden, und die EU muss eine Führungsrolle bei der Steuerung eines zunehmend rivalitätsgeprägten globalen Handelssystems übernehmen.

3.5. Der EWSA empfiehlt den Abbau von Importabhängigkeiten, insbesondere in Bezug auf Innovation und Know-how, Halbfertigerzeugnisse und kritische Rohstoffe, da Europa in diesen Bereichen anfälliger ist als China oder die USA. Die EU und die nationalen Entscheidungsträger müssen durch Verfolgung unterschiedlicher Ziele und Berücksichtigung zentraler Leistungsindikatoren der Diversifizierung der Lieferketten Vorrang einräumen, damit die Widerstandsfähigkeit gegenüber globalen Störungen erhöht wird.

3.6. Die Fragmentierung kann zu mehr Ungleichheit und Armut führen, die Tragfähigkeit eines fairen und effektiven Handels gefährden und so eine globale Rezession und Migrationsbewegungen verstärken. Der Europäische Auswärtige Dienst sollte durch die Einrichtung einer Wirtschafts- und Handelsabteilung gestärkt werden, deren Aufgabe die Förderung neuer Handels- und Investitionspartnerschaften ist.

4. **Direkte und indirekte Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Hersteller in der EU**

4.1. Wenn Handelsbarrieren für bestimmte strategische Produkte errichtet werden, könnte das globale BIP um 6 %, in einem schwerwiegenden Entkopplungsszenario, das alle Waren betrifft, sogar um bis zu 9 % fallen. Eine Fragmentierung des Handels würde im ersten Jahr auch zu einer um bis zu 4 % erhöhten Inflation weltweit führen, mit dauerhaften Auswirkungen ([4]). Laut der jüngsten Prognose des IWF wird das weltweite BIP-Wachstum 2025 im Vergleich zum Januar um 0,5 % auf 2,8 % zurückgehen.

4.2. Steigende Zölle, Transportkosten, die Folgen der Energiekrise und die geopolitisch bedingte Neuorganisation der Lieferketten führen zu höheren Betriebskosten und treffen Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen (KKMU) und Unternehmen mit geringen Gewinnspannen überproportional.

4.3. Kennzeichen der europäischen Wirtschaft sind derzeit langsames Wachstum, Inflationsschwankungen und hohe Energiepreise, geringe Innovationskraft, zu niedrige Investitionen, restriktive Finanzierungsbedingungen und ein unvollendeter Binnenmarkt. Geopolitische Veränderungen, Handelsfragmentierung, Klimawandel und Energiekrise verstärken die globale Unsicherheit. Gleichzeitig führen technologische Fortschritte in der digitalen Wirtschaft zu neuen Herausforderungen. Zunehmender Protektionismus und eine unkoordinierte Industriepolitik führen zu immer mehr Handelshemmnissen und bedrohen weltweit den Wohlstand und die Preisstabilität. Weniger Handelsdiversifizierung dürfte zu größeren Produktionsschwankungen und anhaltender Inflation führen.

4.4. Fragmentierung kann den Wissens- und Innovationsfluss behindern, Unsicherheiten erhöhen, Akteure von Investitionen in FuE und Produktionskapazitäten abhalten und die Innovationskraft von EU-Unternehmen hemmen. Die Einführung moderner technologischer Lösungen wie maschinelles Lernen und künstliche Intelligenz (KI) könnte wichtige Ansätze bieten.

4.5. Bei unerwarteten exogenen Ereignissen und Unterbrechungen der Lieferkette steigt die Gefahr von Warenengpässen, Lieferverzögerungen und Qualitätseinbußen. Dadurch können europäische Hersteller Schwierigkeiten bei der Anpassung an die Verbraucherbedürfnisse und Marktbedingungen haben, die schließlich ihren Ruf und ihren globalen Marktanteil gefährden. Durch die Fragmentierung kann es immer schwerer werden, sich die benötigten Rohstoffe und Hightech-Komponenten zu beschaffen. Eine Kombination aus Regionalisierung, Digitalisierung, politischer Unterstützung und Nachhaltigkeitsinitiativen kann dazu beitragen, diese Gefahren abzufangen und dafür zu sorgen, dass die Wirtschaftskraft der EU-Industrie langfristig erhalten bleibt.

([4]) *Navigating a fragmenting global trading system*, Europäische Zentralbank.

5. **Direkte und indirekte Auswirkungen auf die Lebenshaltungskosten in Europa**

5.1. Fragmentierung treibt die Herstellungs- und Transportkosten in die Höhe, verringert den Wettbewerb und führt zu Versorgungsengpässen, was sich direkt auf den Endpreis der Waren für die Verbraucher auswirkt. Stagnierende Einnahmen begrenzen das Lohnwachstum und verringern die Kaufkraft der Haushalte zusätzlich. Die Störungen in den Lieferketten für Stahl, Holz und Zement führen zu steigenden Wohnimmobilienpreisen und Mieten, während die Fragmentierung der globalen Fertigung zu einer verzögerten Immobilienentwicklung führt, wodurch sich der Mangel an Wohnraum weiter verstärkt.

5.2. Die Entkopplung der globalen Lieferketten treibt die Preise sowohl der importierten Endprodukte als auch der im Inland mit Vorprodukten aus dem Ausland hergestellten Produkte in die Höhe, insbesondere in handelsintensiven Fertigungsbranchen. Dies führt gleichzeitig zu einer Umverteilung der Arbeit zwischen den verschiedenen Qualifikationsebenen. Die Verbraucher haben weniger Auswahl und müssen höhere Preise für Waren zahlen, was Haushalte mit niedrigem Einkommen überproportional belastet. Um langfristige Risiken zu mindern, sollte die EU trotz der damit verbundenen kurzfristigen Kosten die Diversifizierung der Lieferketten fördern, um den künftigen Preisdruck auf die Verbraucher zu verringern.

5.3. Die Ausrichtung auf Resilienz und Nachhaltigkeit erfordert neue Kompetenzen. Daher sollte aus Sicht des EWSA mit gezielteren Systemen der allgemeinen und beruflichen Bildung auf eine Ausweitung der Weiterqualifizierung und Umschulung und mehr Mobilität innerhalb der EU hingewirkt werden. Zur Steigerung der Innovationsfähigkeit der EU sollte sich die Politik zudem darauf konzentrieren, Fachkräfte zu gewinnen und zu halten.

5.4. Engpässe bei kritischen Importen (z. B. Halbleiter, Düngemittel und Arzneimittel) beeinträchtigen die Märkte und führen zu Preisschwankungen. Darüber hinaus gefährden fragmentierte landwirtschaftliche Lieferketten die Ernährungssicherheit und führen zum Anstieg der Lebensmittelpreise. Durch die Fragmentierung der Lieferketten steigen auch die Baustoffkosten und in der Folge die Kosten für Wohnraum.

5.5. Im Allgemeinen führen Zölle, Quoten und andere Handelsbeschränkungen auch unmittelbar zu höheren Preisen für die Verbraucher. Steigende Lebenshaltungskosten können zu sozialen Unruhen und politischer Instabilität führen, die sich negativ auf die allgemeine Lebensqualität in der Gesellschaft der EU auswirken. Die Kaufkraft muss also unbedingt gewahrt werden, um die Binnennachfrage in der EU zu stützen.

6. **Stärkung von Handelspartnerschaften**

6.1. Die EU ist in verschiedenen Industriezweigen stark von Importen aus Nicht-EU-Ländern abhängig. Große Abhängigkeiten bestehen in den Bereichen Bergbau (89,6 %), Textilien und Bekleidung (45,6 %), Elektronik (42,3 %), Chemikalien und Arzneimittel (32,4 %), nichtmetallische Mineralien (30,7 %), Metalle und Metallerzeugnisse (26,8 %), Landwirtschaft (26,8 %) und Transportmittel (21,8 %) ([5]). Der jüngste Regierungswechsel in den USA stellt eine neue Herausforderung dar, da er den Multilateralismus weiter untergräbt, insbesondere im Bereich Handel.

6.2. Die EU braucht eine klare Strategie zur Diversifizierung des Handels, wobei der Schwerpunkt auf der Benennung von Schlüsselbranchen und -gütern liegen sollte. Der Aufbau strategischer Wirtschaftspartnerschaften mit ressourcenreichen Ländern, die die Werte der EU bezüglich sozioökonomischer und ökologischer Nachhaltigkeit teilen, ist der optimale Weg, um die Abhängigkeit von einzelnen Quellen zu verringern und insbesondere mit Blick auf kritische Rohstoffe alternative Handelsrouten zu schaffen.

6.3. Die EU sollte eine proaktive Strategie erlassen, um europäische Hersteller bei folgenden Maßnahmen zu unterstützen: (i) Diversifizierung ihres Zulieferer- und Kundenstammes bei gleichzeitiger Gewährleistung von Sicherheit durch nachhaltige alternative Geschäftsbeziehungen, (ii) wirksame Umsetzung von Strategien zur vertikalen (Re-) Integration und (iii) Ausweitung des geografischen Umfangs der Handels- und Finanzbeziehungen.

6.4. Ebenso sind politische Maßnahmen erforderlich, um die bestehenden, wirtschaftlich gerechtfertigten Tendenzen der Rückverlagerung zu unterstützen und die strategische, branchenübergreifend offene Autonomie der europäischen Volkswirtschaften zu fördern. Diese grundlegenden mikro- und makroökonomisch ausgerichteten politischen Maßnahmen sollten jedoch sorgfältig und effektiv umgesetzt werden, damit Europa sich nicht selbst isoliert.

([5]) *Global value chains*, Europäisches Parlament.

6.5. In Reaktion auf die weltweit steigenden Zölle sollte die EU der zentralen Rolle der WTO Rechnung tragen, die Frage einseitiger Zölle anzusprechen bereit sein und für die WTO vorausschauend ein umfassendes Reformkonzept vorschlagen, das auf Schlüsselbereiche wie Organisationsfragen und Streitbeilegung ausgerichtet ist, um den Welthandel effektiver und widerstandsfähiger zu machen. Außerdem erweisen sich plurilaterale Abkommen als gangbare Lösung, da sie gerade bei heiklen Themen wie der Initiative für eine gemeinsame Erklärung zum elektronischen Geschäftsverkehr und der Mehrparteien-Interimsvereinbarung (MPIA) einen effektiven Ansatz bieten.

6.6. Die EU sollte im Interesse der stärkeren Integration ihr umfangreiches Netz bilateraler und regionaler Freihandelsabkommen nutzen und ausbauen. Dabei sollte sie gegenüber anderen Nationen weiterhin einen offenen und nichtdiskriminierenden Ansatz verfolgen und den eigenen politischen Überzeugungen treu bleiben ([6]), um ihr Ansehen als glaubwürdiger internationaler Partner zu wahren. Der EWSA spricht sich dafür aus, die laufenden Verhandlungen über Freihandelsabkommen abzuschließen, bestehende Abkommen auszuweiten und umgehend für den Aufbau neuer Handelsbeziehungen mit verlässlichen Partnern zu sorgen.

6.7. Zur Förderung des Multilateralismus und Unterstützung des Übergangs zu einer klimafreundlichen Wirtschaft muss die EU der Schaffung von Handelsbeziehungen mit wichtigen Partnern im globalen Süden Vorrang einräumen. Gleichzeitig muss bei künftigen Partnerschaften sichergestellt werden, dass die universellen Werte, internationalen Standards, Nachhaltigkeitsverpflichtungen und wirtschaftlichen Interessen gewahrt sind. Die „Global Gateway"-Strategie zur Bewältigung globaler Herausforderungen u. a. im Zusammenhang mit dem Klimawandel, Gesundheitssystemen, Wettbewerbsfähigkeit und sicheren Lieferketten sollte umgehend weltweit umgesetzt werden, wobei für Förderprojekte Folgenabschätzungen durchgeführt werden sollten ([7]).

7. **Straffung der Rechtsrahmen**

7.1. Gerade bei Kleinunternehmen können Innovationskraft und Wachstum in der EU durch den komplizierten Rechtsrahmen ausgebremst werden. Damit Verwaltungsvorschriften gestrafft werden und Unternehmen, insbesondere KKMU, sich anpassen und florieren können, müssen vorrangig gestaffelte Umsetzungsfristen für Rechtsreformen eingeführt werden. Ziel ist es, die Verfahren zu vereinfachen, den Marktzugang zu erleichtern und faire, sichere und gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen sowie die Einhaltung von Vorgaben in den Mitgliedstaaten zu erleichtern. Vereinfachung darf keine Deregulierung bedeuten. Es muss darauf geachtet werden, dass Vereinfachung nicht zur Aushöhlung von Arbeitnehmer- und Verbraucherrechten führt.

7.2. Unterschiedliche regionale Ansätze in Bezug auf Datenschutz und nationale Sicherheitsbedenken führen zu einer Fragmentierung der Vorschriften, insbesondere in den Bereichen Technologie und Daten-Governance. Die EU sollte bei den Bemühungen um eine multilaterale Zusammenarbeit zur Harmonisierung der globalen daten- und technologierechtlichen Standards die Führung übernehmen und stärker als offene, exportorientierte Wirtschaft in Erscheinung treten, die sich der Bewältigung gemeinsamer aktueller Herausforderungen und der Wahrung der weltweit strengsten Datenschutzstandards verschrieben hat.

7.3. Gleichzeitig könnte die Sicherstellung eines nachhaltigen internationalen Handels unter Berücksichtigung sozioökonomischer und ökologischer Aspekte zum wesentlichen Vorteil und Markenzeichen der EU-Wirtschaftsdiplomatie werden ([8]). Mittels dieser Strategien könnte die EU die Herausforderungen der Fragmentierung in Chancen ummünzen und eine widerstandsfähige und inklusive Wirtschaft fördern, die den Lebensstandard in Europa verbessert und allen Beteiligten zugutekommt.

8. **Förderung von Innovation und Technologie**

8.1. Die EU steht vor der doppelten Herausforderung, dass sie sowohl die Dekarbonisierungsziele erreichen als auch die kritische Abhängigkeit von ausländischen Technologien insbesondere in der digitalen Wirtschaft verringern muss. Die Industriestrategie der EU muss aktualisiert werden, um technologische Innovationen zu priorisieren und Start-ups und innovative Unternehmen zu fördern. Dabei muss das volle Potenzial des Binnenmarktes ausgeschöpft werden, um eine nachhaltige Führungsrolle in Schlüsselindustrien zu erreichen. Darüber hinaus müssen die Mittel für FuE-Initiativen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Lieferkette, wie Blockchain für Transparenz und KI für prädiktive Analysen, aufgestockt werden. Aus Sicht des EWSA sollten beim Lieferkettenmanagement KI-Tools eingesetzt werden, um Lagerbestände, Logistik und Beschaffung zu optimieren, und im Interesse der Übersicht und besserer Prognosen auf das Internet der Dinge (IoT) und prädiktive Analysen zurückgegriffen werden.

([6]) Mitteilung der Kommission: Die Macht von Handelspartnerschaften: gemeinsam für ein grünes und gerechtes Wirtschaftswachstum, COM(2022) 409 final.
([7]) Global Gateway, Europäische Kommission.
([8]) Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt" (COM(2022) 453 final) (ABl. C 140 vom 21.4.2023, S. 75).

8.2. Globale Fortschritte in Forschung, Entwicklung und Innovation führen zu einer Verlagerung von arbeitsintensiver zu wissensintensiver, innovativer Fertigung, was Nationen mit einer starken Innovationsinfrastruktur und qualifizierten Arbeitskräften begünstigt. Die EU muss digitale Instrumente und Plattformen einführen, um die operative Effizienz zu steigern und Kosten zu senken.

8.3. Die allzu große Abhängigkeit von Importen und die begrenzte Zahl wichtiger Handelspartner beeinträchtigen die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit und die strategische Autonomie. Um hier Abhilfe zu schaffen, muss die EU Investitionen in die Grundlagenforschung und entsprechende fortschrittliche Technologieanwendungen in der europäischen Industrie fördern. Grundsätzlich ist eine umfassende und angemessen finanzierte EU-Industriepolitik erforderlich, um die Kluft zwischen den europäischen Herstellern hinsichtlich ihrer Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit zu schließen.

9. **Unterstützung für KKMU**

9.1. Die Europäische Kommission ist sich der Herausforderungen für KKMU bewusst und hat Initiativen wie die Europäische Plattform für Cluster-Zusammenarbeit und das Enterprise Europe Network ins Leben gerufen. Der EWSA begrüßt diese Bestrebungen und fordert eine stärkere finanzielle und technische Unterstützung für KKMU, damit diese in der Lage sind, sich neue Märkte zu erschließen, nachhaltige, ethisch vertretbare Verfahrensweisen einzuführen und ihre Humanressourcen mit Blick auf digitale Tools und Lieferkettenmanagement weiterzubilden.

9.2. Gerade kleine Importeure in der EU werden von Handelsstörungen unverhältnismäßig hart getroffen. Sie sollten durch gezielte politische Maßnahmen unterstützt werden, mit denen finanzielle Anreize geschaffen oder Ressourcen bereitgestellt werden, die ihnen bei der Diversifizierung ihrer Lieferketten und beim Aufbau umfassenderer Handelsbeziehungen helfen.

9.3. Der EWSA befürwortet die aktive Beteiligung von Vertretern von KKMU an politischen Dialogen und Entscheidungsfindungsprozessen, um sicherzustellen, dass die Bedürfnisse von KKMU auch tatsächlich berücksichtigt werden. „Der soziale Dialog spielt eine wichtige Rolle bei der Kompetenzentwicklung, und bewährte Praxisbeispiele aus der Berufsbildung sollten durch einschlägige Initiativen der EU in Zusammenarbeit zwischen KMU-Organisationen, Sozialpartnern und Mitgliedstaaten gefördert und ausgetauscht werden.“ ([9])

9.4. Das Konzept der strategischen Autonomie der EU, dessen Schwerpunkt ursprünglich auf Sicherheit und Verteidigung lag, wurde inzwischen um die Außen-, Industrie- und Handelspolitik erweitert. Gleichzeitig muss verhindert werden, dass die EU sich dadurch isoliert. Das Streben nach Autonomie ist Teil einer größeren weltweiten Entwicklung, denn auch andere einflussreiche Akteure streben – jeweils auf ihre Weise – nach strategischer Autonomie. Im Interesse eines integrativen Wachstums muss die EU die Belange von KKMU bei allen politischen Maßnahmen im Zusammenhang mit der offenen strategischen Autonomie berücksichtigen.

Brüssel, den 19. Juni 2025

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE

([9]) EWSA-Stellungnahme „KMU-Strategie der nächsten Generation — Verbesserung der wirksamen und raschen Umsetzung“ (ABl. C 194 vom 12.5.2022, S. 7).